

# Zum Prozess der Charta

Die Redaktion der Charta der Grundsätze für ein anderes Europa ist das Werk zahlreicher Netzwerke im Europäischen Sozialforum (ESF); sie dauerte mehr als zwei Jahre. An ihr waren auch politische Akteure beteiligt, die im Juni 2005 unmittelbar im Anschluss an das französische «Nein» zum EU-Verfassungsvertrag an der Pariser Konferenz teilgenommen haben.

Bei der Niederschrift der Charta konnten zahlreiche Widersprüche innerhalb der sozialen Bewegungen in Europa überwunden werden. Dennoch ist der Text, der hier vorgestellt wird, noch eine «Baustelle»: er bezeichnet eine Etappe in einem Diskussionsprozess und gibt den Konsens zwischen denen wieder, die an seiner Ausarbeitung beteiligt waren.

In diesem Sinn ist dieses Dokument zwar eine wichtige Etappe, aber – wie ihr Initiator, der italienische Verfassungsrechtler Franco Russo, es ausgedrückt hat – «keine Bibel, sondern ein politisches Instrument».

Die nächste Aufgabe besteht darin, den Rahmen der in den Sozialforen aktiven Organisationen zu verlassen und diese Charta so breit wie möglich bekannt zu machen, wie dies in Italien schon geschehen ist.

Die Charta soll zu Debatten und Kämpfen anregen und den fortschrittlichen Bewegungen Mittel an die Hand geben, Vorschläge zu formulieren, die wir dem neoliberalen Europa, das uns aufgezwungen wird, gegenüberstellen können.

Zu diesem Zweck fand am 26. Juni 2007 in Brüssel, im Anschluss an die Regierungskonferenz der EU unter deutschem Vorsitz, eine Pressekonferenz statt. Am 20. September 2007 wurden Teilnehmer aus ganz Europa nach Brüssel eingeladen, wo all die Fragen diskutiert wurden, in denen es keinen Konsens gibt oder die noch nicht ausreichend behandelt wurden. Solche Fragen sind:

## **Der Laizismus in Staat und Schule:**

Ist der Laizismus ein Grundsatz, oder ein Mittel zur Sicherung von Gedankenfreiheit? In einigen Ländern wie Deutschland ist der Grundsatz nicht anerkannt; in anderen Ländern wie in der Türkei ist er Gegenstand politischer Auseinandersetzung. Soll man beim bestehenden Text bleiben, oder soll man andere, für alle verständliche, Worte benutzen? Ist der Laizismus ein für die Gewissensfreiheit wesentlicher Grundsatz?

## **Das politische Europa:**

Soll man, wenn es um ein demokratisches Europa geht, bei den allgemeinen Grundsätzen bleiben, oder soll man die Debatte über die für ein demokratisches Europa notwendigen Institutionen vertiefen? Soll man für ein föderales Europa eintreten, für ein Europa der Staaten, ein Europa der Völker oder für neue, noch zu errichtende Institutionen, die eine demokratische Gesellschaft garantieren und der direkten Demokratie einen bedeutenden Platz einräumen?

### **Die Minderheiten:**

Es gibt zwar einen Konsens darüber, dass Minderheiten ein Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung haben, jedoch eine Debatte darüber, ob die Selbstbestimmung der Völker soweit gehen soll, dass sie zu einer völlig autonomen politischen Organisierung im Rahmen eines gegebenen Staates führt. Das Beispiel Jugoslawiens und seiner Zersplitterung hat gezeigt, dass eine solche Entwicklung auch gegen die Freiheit und Emanzipation gerichtet sein kann.

All diese Fragen und andere müssen breiter diskutiert werden. Deshalb laden die Autorinnen und Autoren dieser Charta die Leserinnen und Leser ein, sich aktiv in den Diskussionsprozess einzubringen, wie Europa sozialer und demokratischer gestaltet werden kann, als es uns die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten vorgemacht haben.

Wie laden die Leserinnen und Leser ein, sich auf den dazu vorgesehenen Internetseiten zu registrieren und uns ihre Kommentare mitzuteilen. Um Missbrauch zu vermeiden, werden die Kommentare innerhalb von 48 Stunden auf die Webseite gestellt.

*Das Redaktionskomitee*

# Für eine andere Welt

Das andere Europa gründet sich auf Frieden und die universelle Anerkennung von Anderssein. Als solches lehnt es jede auf wirtschaftliche oder militärische Vormachtstellung gerichtete Strategie und jede Form von Rassismus und Chauvinismus ab.

Das andere Europa leistet einen Beitrag zum Aufbau globaler Gerechtigkeit: Es anerkennt und schätzt kulturelle und historische Vielfalt im Rahmen gleicher individueller und kollektiver Rechte und der Achtung der universellen Menschenrechte. Die neuen Wurzeln Europas stellen daher ein Gemisch dar, zu dem die Präsenz von Einwanderinnen und Einwanderern erheblich beiträgt: Die Gewalt, die diesen im Namen institutioneller Grenzen ange-tan wird, ist inakzeptabel.

Die europäische Geschichte als eine der inneren und äußeren Kolonisation durch politische und soziale Beherrschung, Plünderung der Ressourcen und Kriege, die Millionen Opfer gekostet haben, legen Europa eine besondere Verantwortung hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Großteils der Welt, vor allem der Länder des Südens, aber auch Osteuropas, auf.

Der Grundsatz der Solidarität und gegenseitigen Achtung muss die Beziehungen zwischen den Ländern in Europa und mit allen anderen Ländern leiten. Im Bewusstsein der gemeinsamen Interessen muss Europa in seinem Handeln die globalen sozialen und wirtschaftlichen Rechte sichern.

Europa unterstützt das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ihr Recht, in wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltfragen ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Es garantiert die souveräne Verfügung jedes Volkes über seine natürlichen Ressourcen und seine unmittelbare natürliche Umgebung.

Das Menschenrecht auf Entfaltung ist unveräußerlich, ebenso die anderen Grundrechte.

Das Europa, das wir wollen, nimmt Teil am Aufbau einer neuen Weltordnung, die dieser Anforderung entspricht; in diesem Rahmen entfaltet es eine Kooperation, die die ungleichen Ausgangsbedingungen berücksichtigt und der Gleichheit der Rechte Geltung verschafft.

Die Streichung der Außenschulden der armen Länder ist eine notwendige, elementare und Sofortmaßnahme.

Die Wirtschaftsverträge müssen die Menschenrechte achten und ihre Einhaltung sichern, gemäß den internationalen Regeln und Konventionen.

Europa unterstützt das Vorhaben einer internationalen Besteuerung der Kapitalbewegungen und lehnt die freie Kapitalzirkulation ab. Es unterstützt den Aufbau regionaler Wirtschaftsbeziehungen, die sich der liberalen Logik entgegenstellen.

Ein anderes Europa lehnt das Gesetz des «freien Marktes» und die sich daraus ergebenden, von Dominanz geprägten, Handelsbeziehungen ab. Das Völkerrecht gilt für alle gleichermaßen: für alle Staaten, für die internationalen Finanzinstitutionen, für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen. Das andere Europa verfolgt das Ziel, dass alle bestehenden internationalen Institutionen Teil einer demokratisierten und radikal reformierten UNO werden.

# Für Frieden und Sicherheit

**Europa gründet sich auf Frieden und auf eine Sicherheit, die das Ergebnis sozialer Gerechtigkeit zwischen den Völkern und Gemeinschaften ist.**

Unser Europa lehnt den Krieg als Methode zur Lösung internationaler Konflikte ab und betrachtet den Frieden als ein Grundrecht der Menschen und Völker.

Unser Europa spielt eine aktive Rolle in der Verteidigung und Förderung der universellen Werte, die einem dauerhaften Frieden zugrundeliegen: Würde, Freiheit, Gleichheit aller Menschen, soziale, wirtschaftliche und demokratische Menschenrechte.

Unser Europa verpflichtet sich, den Frieden voranzutreiben, indem es gegen jede Diskriminierung, gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Ausgrenzung und Bedrohung kämpft; zu seiner Durchsetzung bedient es sich der Mittel des Völkerrechts, der politischen Verhandlungen und der Diplomatie. Es lehnt jeden Versuch von innen und von außen ab, Europa in eine Militärmacht auf Weltebene zu verwandeln.

Das Europa, das wir wollen, anerkennt das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, die Garantie der Rechte der Minderheiten und den Respekt ihrer Verschiedenheit, unter der Bedingung, dass sie ihrerseits die Grundrechte achten. Dieses Recht gibt den Völkern die Freiheit, über ihre politische Autonomie und ihre Souveränität auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zu entscheiden.

Unser Europa achtet das Recht der Menschen und der Völker, gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit mit allen Mitteln Widerstand zu leisten, die nicht selbst die universellen Menschenrechte verletzen.

Aus diesem Grund unterstützt unser Europa die verschiedenen Initiativen, die darauf gerichtet sind, ein System des internationalen Rechts zu schaffen, das es erlaubt, Staaten und alle Akteure, die für Kriegsverbrechen verantwortlich sind, zu bestrafen.

**Europa setzt sich dafür ein, dass die internationalen Institutionen aktiv gegen jede Form der militärischen, sozialen und ökonomischen Unterdrückung auftreten und lehnt aus grundsätzlichen Erwägungen den Gebrauch militärischer Gewalt ab. Deshalb befürwortet es die Auflösung der NATO und aller anderen Militärbündnisse sowie die Schließung aller ausländischen Militärbasen auf der ganzen Welt.**

Europa lehnt den «humanitären» und «präventiven» Krieg ab, weil Krieg niemals zur Lösung der Probleme taugt, sondern nur neue Menschen- und Völkerrechtsverletzungen nach sich zieht. Aus demselben Grund lehnt es auch jede Form der kolonialen und imperialen Herrschaft ab.

Europa lehnt den Gebrauch und die Herstellung von Atomwaffen, aller Massenvernichtungswaffen, sowie die Todesstrafe, die Folter und jede entwürdigende Behandlung ab. Es unterstützt die Entwaffnung und Entmilitarisierung und die Bemühungen um eine offene und lebenswerte Welt und Gesellschaft, in der sich die Menschen frei bewegen und niederlassen können.

Um die Bedingungen zu schaffen, die für eine friedliche und demokratische internationale Ordnung erforderlich sind, verfolgt unser Europa weltweit eine Politik der Entwicklungszusammenarbeit, die durch bilaterale und multilaterale Verträge abgesichert wird, die ihrerseits die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger und der Völker stärken.

Unser Europa anerkennt das Recht der Menschen und Gemeinschaften auf ein Leben frei von Aggression, Gefahr und Bedrohung; seine Sicherheit ist die Voraussetzung der Sicherheit der anderen. Es hat deshalb ein erweitertes Verständnis von Sicherheit, das gemeinschaftlich und wechselseitig ist und den Begriff der Sicherheit vom Staat auf die Menschen überträgt.

Im Namen dieser Grundsätze enthält sich unser Europa jeder offensiven Drohung oder Aggression und beugt den Konflikten vor, indem es an friedlichen Lösungen und an der Humanisierung der internationalen Beziehungen arbeitet.

## Für ein Europa der Rechte, gegen jede Form der Diskriminierung

**Unser Europa achtet und garantiert in allen Bereichen den Grundsatz der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger in ihrer Verschiedenheit.**

Europa anerkennt und garantiert das Recht von Männern und Frauen auf einen gleichen Status und dessen tatsächliche Wirksamkeit als einen Grundwert. Er bezieht sich auf alle Bereiche der Politik, der Wirtschaft und des gesellschaftlichen und privaten Lebens ebenso wie auf die sexuelle Orientierung.

Jeder Bürger und jede Bürgerin nehmen gleichberechtigt am politischen Leben teil. Die öffentlichen Institutionen führen Pflichtverfahren ein, um eine gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in den Institutionen, den Führungsgremien und in den politischen und gesellschaftlichen Gremien zu erreichen.

Alle öffentlichen Institutionen sichern Frauen gegen jede Form des Patriarchats die Menschenrechte und Freiheiten. Jede Frau wird in jedem Land die freie Selbstbestimmung über ihren Körper genießen, namentlich das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, auf Verhütung, auf frei gewählte Mutterschaft und auf selbstbestimmte künstliche Befruchtung. Jede Frau erhält das Recht, selber zu entscheiden, wie sie ihr Privatleben gestalten will (Zölibat, Ehe, Konkubinat, Scheidung). Die Institutionen sind verpflichtet, gegen jede Form des Patriarchats aufzutreten.

Die öffentlichen Institutionen ergreifen bzw. fördern alle Initiativen, die darauf gerichtet sind, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder innerhalb und außerhalb der Familie zu unterbinden, und ermutigen jedes Land, ein Rahmengesetz gegen solche Gewalt und entsprechende Durchsetzungsmittel zu beschließen.

Europa ist gegen die Kommerzialisierung der sexuellen Beziehungen und garantiert Prostituierten ihre Bürgerrechte.

\*

Jeder Mensch, der sich dauerhaft auf dem Gebiet Europas niederlässt, erhält seine Staatsbürgerschaft mit allen entsprechenden Rechten.

Europa anerkennt den Grundsatz der Freiheit der Niederlassung und der Zirkulation von Personen als universelles Recht. Das Asylrecht ist garantiert.

Die öffentlichen Institutionen verpflichten sich, den Menschenhandel und die Sklaverei in all ihren Formen zu unterbinden.

Europa handelt entschlossen gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, sexueller Diskriminierung und Diskriminierung auf Grund vermuteter oder realer Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Richtung.

Europa bekräftigt die Laizität der öffentlichen Institutionen. Es sichert allen Bürgerinnen und Bürgern, gleich welcher Herkunft, Anschauung oder welchen Glaubens, Würde und Gewissensfreiheit sowie die freie individuelle und kollektive Ausübung ihrer Religion – bei Respektierung der Rechte aller Bürgerinnen und Bürger.

\*

Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung, bei Garantie der Grundrechte für jede und jeden Einzelnen.

Jeder Mensch, der einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht sich frei zu entscheiden, als solcher behandelt zu werden, ohne dass ihm aus dieser Entscheidung und ihrer realen Umsetzung Nachteile erwachsen.

Die öffentlichen Schulen respektieren die Muttersprache der Schülerinnen und Schüler und Studierenden und nehmen Rücksicht auf sie; ihre Unterrichtung wird gefördert.

Die öffentlichen Institutionen tragen durch ihr eigenes Verhalten dazu bei, dass materielle, kulturelle, symbolische und sprachliche Barrieren zwischen den Völkern abgebaut werden.

# Für ein demokratisches Europa

Die Europäische Union in der heutigen Form ist nicht demokratisch. Es gibt keine Gewaltenteilung: Das Organ der Exekutive der Union hat auch legislative Gewalt; der Europäische Rat und der Ministerrat sind gesetzgebende Organe, stellen aber zugleich auch die Versammlung der nationalen Exekutiven dar.

Wir bekräftigen den Vorrang der Völker als unersetzliche Quelle demokratischer Legitimation und der gleichberechtigten Beteiligung von Männern und Frauen, die das gleiche demokratische Grundrecht haben, an den Entscheidungen, die sie betreffen, mitzuwirken.

Es muss ein Prozess der demokratischen Neugründung eingeleitet werden: Völker und Bürger müssen im Aufbau eines demokratischen und sozialen Europa die Hauptrolle spielen, damit die politischen Entscheidungen und die Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger sich gegen die Gesetze des Marktes und des Profits durchsetzen.

Das Europa, das wir vorhaben, wird eine Union der Völker sein: es wird im Namen, durch und mit seinen Völkern aufgebaut, die auf allen Ebenen demokratisch organisiert sind.

Die europäischen Institutionen werden dann kein demokratisches Defizit mehr haben, wenn wir in einer politischen Verfassung Europas wirklich sagen können: «Wir, die Völker Europas» anstelle von «Wir, die Staaten Europas».

Der Übergang von einem Europa der Staaten zu einem Europa der vereinigten Völker wird auf kreative Weise stattfinden. Europa muss geprägt sein von politischen Institutionen, die ihre Legitimität entweder aus dem Willen der Völker ableiten, der sich direkt in Volksbefragungen oder Basisinitiativen, indirekt in der Wahl repräsentativer europäischer Versammlungen äußert; oder durch die Teilnahme der europäischen Bürgerinnen und Bürger an den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gremien auf den unterschiedlichen Ebenen (lokal, regional, national usw.), in denen die sie betreffenden Entscheidungen kollektiv gefällt werden.

Unsere europäische Verfassungsdemokratie wird dann eine ganz neue politische Gestalt annehmen. Politische Vertretung wird im europäischen Raum eine Demokratie auf verschiedenen Ebenen sein und die Vertretungen der Völker, der Staaten, der Regionen und der lokalen Gemeinden mit einbeziehen. Eine solche transnationale Demokratie wird sich außerdem auf eine nichthierarchische Kooperation zwischen diesen verschiedenen Ebenen stützen. Daraus folgt, dass sich der Aufbau der Institutionen auf den Dialog und die Kooperation zwischen den verschiedenen gleichberechtigten politischen und rechtlichen, nationalen und europäischen Instanzen gründen muss und nicht auf die Hierarchien der verschiedenen europäischen oder nationalen politischen Behörden und Rechtsinstitutionen.

In jedem Fall werden sich die Bürgerinnen und Bürger an den großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen beteiligen. Dazu wählen sie und kontrollieren sie ihre Vertreterinnen und Vertreter. Auf jeder Ebene der Zuständigkeit sind die Regierungsorgane gewählten Versammlungen rechenschaftspflichtig. Diese müssen die Gesetzesinitiative und die politische Kontrolle je nach ihrer Zuständigkeit ausüben – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie lokalen, regionalen und nationalen Institutionen.

Damit Europa wirklich demokratisch wird, müssen das Recht auf Information und die Freiheit der Kommunikation als individuelle und kollektive politische Grundrechte behandelt werden. Sie garantieren die Autonomie in der Kommunikation, der Information, die Freiheit der Bildung und die gleichberechtigte Teilhabe an den Informations- und Kommunikationsnetzen im europäischen öffentlichen Raum.

## Für sozioökonomische Rechte

**Gleiche Rechte und Solidarität bilden eine Säule unseres Europas. Sie garantieren den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften.**

Die sozioökonomischen Rechte sind in gesellschaftlichen Kämpfen errungen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, den ILO-Konventionen, der Sozialcharta von Turin 1961, den UN-Abkommen über wirtschaftliche und soziale Rechte von 1966 sowie in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitenden von 1989 festgehalten worden.

Die Verteidigung und Weiterentwicklung der sozioökonomischen Rechte ist eines der Ziele unseres Europa.

Europa ist auf allen Ebenen in solidarischer Weise dafür verantwortlich, diese Rechte tatsächlich und effektiv zu garantieren, gemäß den Grundsätzen der Unteilbarkeit und Universalität. Sie sind integraler Bestandteil der Grundrechte.

Die genannten Rechte müssen vor europäischen und nationalen Gerichten einklagbar sein. Jeder Gesetzesakt einer europäischen Institution, der diese Rechte im Kern verletzt, muss vom Europäischen Gerichtshof für null und nichtig erklärt werden können; aber auch die nationalen Gerichte müssen erklären können, dass diese nicht umgesetzt werden sollen. Der Zugang zum Gericht wird allen garantiert, vor allem den wirtschaftlich minder bemittelten Menschen.

**Die Achtung der sozio-ökonomischen Rechte stützt sich auf folgende Grundsätze:**

- den Grundsatz sozialer Nicht-Regression: Keine Entscheidung auf europäischer Ebene kann Errungenschaften und soziale Rechte, die in einem nationalen Gesetz verankert sind, in Frage stellen;
- den Grundsatz der Angleichung der Normen nach oben: Der rechtliche Schutz für abhängig Beschäftigte muss gestärkt werden und darf nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der nationalen Gesetze schrumpfen. Die europäische Meistbegünstigungsklausel muss vor allem für die Frauen in allen Ländern gelten.

Die Grundlage unseres Europa ist die Achtung der Rechte und der Würde der abhängig Beschäftigten ungeachtet ihrer jeweiligen Arbeitssituation.

Gleichheit, Kooperation, Solidarität, die demokratische Geltendmachung der Bedürfnis-

se und soziale Rechte sind höhere Werte Europas; sie ersetzen die Konkurrenz und den Freihandel.

Jede/r europäische Bürger/in hat das Recht auf eine gute Lebensqualität, die vor Armut und Ausgrenzung schützt und volle Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht; das impliziert die Ausrottung von Erwerbslosigkeit, ungeschützte Arbeits- und Lebensbedingungen, Armut und jeder Form von Ausgrenzung.

Es wird ein gemeinsames Niveau von Löhnen und Einkommen festgelegt, das nicht unterschritten werden darf; dabei werden der Entwicklungsgrad und die Errungenschaften jedes Mitgliedslandes berücksichtigt. Dementsprechend werden ein garantiertes, individuelles Mindesteinkommen sowie ein Mindestlohn festgelegt und ein Zeitraum für die Angleichung der sozialen Rechte «nach oben» bestimmt.

Das Recht auf Erwerbstätigkeit und das Recht auf Einkommen werden umgesetzt; jede Diskriminierung aufgrund des Glaubens, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Meinungsäußerung oder der Herkunft ist verboten. Der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» muss Wirklichkeit werden.

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Berufswahl.

Auch Selbstständige (Handwerker, Bauern) haben ein Recht auf Einkommen, Bildung, Mindestarbeitsbedingungen, demokratische Vertretung.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird ein gemeinsames Ziel in ganz Europa sein, angefangen bei der allgemeinen Ausweitung der 35-Stunden-Woche.

Europa setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass der unbefristete Arbeitsvertrag in ganz Europa die Norm wird.

Alle Erwerbstätigen sind gegen Kündigung geschützt. Willkürliche Kündigung ist untersagt. Das Recht der Aktionäre, aus reinen Profitgründen Betriebe zu schließen, wird aufgehoben. Jede Entlassung von ArbeitnehmerInnen muss von der Garantie begleitet sein, ihnen eine Ausbildung, ein regelmäßiges Einkommen und eine Wiederbeschaffung ihres Arbeitsplatzes zu ermöglichen.

Nachtarbeit ist verboten für Minderjährige unter 18 Jahren und wird ausnahmsweise nur in jenen Sektoren erlaubt, wo sie unumgänglich ist.

Europa anerkennt den sozialpartnerschaftlichen Dialog, die Gewerkschaftsfreiheit und das Recht, Vereine zu gründen, als fundamentale Werte. Alle ArbeitnehmerInnen haben:

- das Recht ihre VertreterInnen zu bestimmen und zu wählen;
- das Recht auf Tarifverhandlungen auf der Ebene des Unternehmens, der Branche, des Nationalstaats und auf europäischer Ebene;
- das Recht Kollektivverträge über alle sie betreffenden Angelegenheiten;
- das Recht zu streiken, einschließlich Solidaritätsstreiks und politischer Streiks, auch auf nationaler und europäischer Ebene; Aussperrung ist verboten.

**Faire Vertretung und Demokratie am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften sind fundamentale Rechte auf allen Ebenen.**

Demokratisch gewählte Vertretungen der Beschäftigten und der Gewerkschaften auf europäischer Ebene ist ein Bestandteil der europäischen Demokratie.

In allen Unternehmen, die Niederlassungen in verschiedenen Mitgliedstaaten haben, muss es einen Europäischen Betriebsrat (EBR) geben. Er hat das Recht auf Information, auf Vorabkonsultation und auch das Recht, in Entscheidungen des Managements einzugreifen, die den Umfang der Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftlichen Entscheidungen des Unternehmens betreffen. Damit allen die gleichen Rechte garantiert sind, sind Unternehmen, die Arbeit an Subunternehmer ausgliedern, für die Beschäftigten der Subunternehmen verantwortlich.

Die Systeme der sozialen Sicherheit, die Leistungen für Erwerbslose und die Rentensysteme folgen in ihrer Struktur wie auch in ihrer Finanzierung der Logik der Solidargemeinschaft, im Gegensatz zur Logik der marktorientierten Individualisierung (Pensionsfonds, Privatversicherungen usw.). Das öffentliche System sozialer Sicherheit muss allen einen Lebensstandard in Würde sichern, gleich unter welchen Umständen sie leben.

Damit die Rechte in dieser Charta wirksam abgesichert sind, muss Europa auf allen Ebenen ihnen angemessene politische, wirtschaftliche und soziale Politiken entfalten. Vor allem das Steuer- und Sozialdumping wird durch die Harmonisierung der Steuerpolitik beendet werden; die öffentlichen Dienste stehen nicht länger unter Wettbewerbszwang.

## Für öffentliche Dienste

**Die Verteidigung der öffentlichen Dienste ist ein Kernstück des anderen Europa.**

Unabhängig von ihrer unterschiedlichen Organisation in den verschiedenen Mitgliedsländern dürfen die öffentlichen Dienste nicht den Gesetzen der Konkurrenz und des Gewinnstrebens gehorchen. Sie müssen die Grundrechte befriedigen und jedem Menschen den Zugang zu den gemeinsamen Ressourcen der Menschheit sichern.

Die öffentlichen Dienste müssen demokratisch geleitet werden. Sie müssen einen Prozess der gesellschaftlichen Wiederaneignung unterstützen, indem sie die Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse mit einem Prozess der Bestimmung dieser Bedürfnisse durch die Bürgerinnen und Bürger und einem Prozess der öffentlichen Kontrolle untermauern – auf allen Ebenen, wo es öffentliche Dienste gibt. Das gilt gleichermaßen für Gesundheit, Bildung, Wohnen, Transport und Verkehr sowie alle modernen Kommunikationsmittel.

**Die Kommerzialisierung und die Verkümmern des Wissens, der Bildung und der Forschung müssen aufhören.**

Bildung muss als ein Grundrecht anerkannt werden, das allen garantiert ist; sie muss begleitet sein von einer realen kulturellen Entfaltung jedes Einzelnen. Sie wird vermittelt durch öffentliche, gemischte und nichtsexistische Bildungseinrichtungen, die:

- jedem eine gesellschaftliche und kulturelle Emanzipation ermöglichen; das Ordnungsprinzip der Ungleichheit unsere Gesellschaften in Frage stellt; die soziale Integration befördert und soziale Selektion vermeidet. Das Bildungssystem darf keine Diskriminierung auf Grund der Herkunft, der Klassenzugehörigkeit, der körperlichen Verfassung und des Geschlechts schaffen. Ob Kinder aus Migrantenfamilien, körperlich Behinderte oder Opfer sozialer Ausgrenzung – alle müssen in das Schulsystem integriert werden und dürfen nicht durch verschiedene Studiengänge davon ausgeschlossen werden.
- Das Bildungssystem muss die aktive Teilhabe der SchülerInnen während ihrer Schul- und Studienzeit fördern und jedem die notwendige Zeit zum Lernen geben.
- Es muss den kritischen Geist befördern und jeder Form von Bekehrungseifer entgegenarbeiten.
- Die vollständige Unabhängigkeit von Bildung und Forschung sind garantiert, für Studierende, Lehrende und Forschende gleichermaßen. Sie entziehen sich der Logik kurzfristiger Verwertbarkeit. Die Forschung erhält für ihre Aufgaben genügend öffentliche Mittel: Produktion und Verbreitung von Kenntnissen, Ausbildung für die und durch die Forschung, Expertenwissen.

### **Gesundheit ist ein Recht.**

Das Gesundheitswesen muss öffentlich, kostenlos und allen frei zugänglich sein. Es muss die körperliche und geistig/seelische Unversehrtheit der PatientInnen sowie des Personals achten.

Die Institutionen des Gesundheitssystems beteiligen sowohl das ärztliche Personal wie auch die Bürgerinnen und Bürger. Letztere werden an seiner Verwaltung aktiv beteiligt.

### **Ein echtes Recht auf Wohnen für alle.**

Jeder Mensch hat das Recht auf eine ordentliche Wohnung. Dafür sorgen öffentliche Vermittlungsdienste, die außerdem über die finanziellen und rechtlichen Mittel verfügen, einen umfangreichen sozialen Wohnungsbau zu fördern und der Immobilien- und Grundstücksspekulation entgegenzutreten.

## **Für eine nachhaltige Umwelt**

Der Neoliberalismus ist von Natur aus verschwenderisch und räuberisch. Mit den Technologien von heute könnten die Lebensbedürfnisse der gesamten Menschheit befriedigt werden. Stattdessen schaffen die mächtigen Finanzgruppen künstliche Bedürfnisse in Ländern mit Kaufkraft und beuten dafür Menschen und natürliche Ressourcen auf der ganzen Welt aus. Die sog. Dritte Welt leidet am meisten darunter: über 15 000 Kinder sterben jedes Jahr an Hunger und an heilbaren Krankheiten. Der menscheninduzierte Klimawandel stellt die größte Gefahr für den Planeten dar und bringt weltweit eine gesellschaftliche Katastrophe.

### **Ein neuer Lebensstil ist erforderlich.**

Europa muss unbedingt einen neuen Lebensstil entwickeln – Modelle nachhaltiger Produktion und Konsumtion. Mit Rohstoffen und Energie muss sparsam umgegangen werden, unsere Konsumgewohnheiten müssen sich radikal ändern, die Verwendung erneuerbarer Energien muss Vorrang genießen vor den fossilen Brennstoffen, das Wirtschaftswachstum muss vom Anstieg des Transports abgekoppelt werden. Die Produktionsprozesse müssen die chemische und biologische Sicherheit beachten, der Verlust der Biodiversität muss gestoppt werden – dies alles ist kein Kann, sondern ein Muss.

Die vitalen Interessen der Menschen und ihre Gesundheit haben Vorrang vor den Interessen der Unternehmen und der Finanzgruppen, die ständig über den «Verlust an Wettbewerbsfähigkeit» klagen, dabei aber nur den weiteren Anstieg ihrer enormen Profite im Auge haben. Die europäischen Nationen dürfen nicht in einen Wettlauf um niedrigere soziale, wirtschaftliche und Umweltstandards treten, sondern müssen gemeinsam an Nachhaltigkeit arbeiten: Wir haben die Verpflichtung, Natur und Gesellschaft den kommenden Generationen in einem Zustand zu hinterlassen, der nicht schlimmer ist, als wir sie von unseren Ahnen geerbt haben.

Die «externen Kosten» (der Gewinnung von Rohstoffen, der Umweltverschmutzung und Müllproduktion) müssen internalisiert werden, die Ökosteuer muss reformiert, die Tobinsteuer eingeführt werden; ebenso eine Reihe von Indikatoren zur Messung der Nachhaltigkeit. Wir müssen wegkommen vom Brutto sozialprodukt als dem einzigen heute verfügbaren, aber rein quantitativen, Indikator für den gesellschaftlichen Reichtum und die Qualität des Lebens. Wir brauchen wirtschaftliche, Umwelt- und soziale Indikatoren.

Wir müssen ein radikal anderes Konzept von Entwicklung erarbeiten: eins, das ökonomisch ist im Verbrauch der natürlichen Ressourcen, ökologisch im Umgang mit der Umwelt und ausgerichtet auf die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten, die Achtung der kulturellen Vielfalt, den Schutz der Natur und die Sicherheit der Meere.

Neue Formen der Mobilität werden erlauben, Energie zu sparen, und dem öffentlichen Verkehr Vorrang vor Privatfahrzeugen einräumen, der Eisenbahn Vorrang vor der Straße oder dem Flugverkehr. Unnötiger Transport von Waren wird vermieden (z. B. durch Einrichtung weiterer Mautstationen), Flug- und Schiffsbenzin werden besteuert. Alternative Transportmethoden, die Fußwege, Radfahren und öffentliche Verkehrsmittel kombinieren, werden erleichtert.

### **Die natürlichen Ressourcen sind ein gemeinsames Gut der Menschheit.**

Sie dürfen nicht unter geistige Eigentumsrechte und Patente fallen. Sie sind kein Privateigentum und keine Waren. Sie müssen von der Öffentlichkeit unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verwaltet werden; das ist eine Aufgabe der Politik. Sie sind von Handelsabkommen ausgeschlossen.

Wasser ist ein öffentliches Gut, der Zugang zu Trinkwasser ein Grundrecht für jedermann. Die Verteilung des Wassers muss durch öffentliche Behörden geschehen, an deren Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind.

Der Energieverbrauch muss sich radikal wandeln. Neue Ziele müssen angesteuert werden, nach folgenden Grundsätzen: verstärkte Energieeinsparung, Diversifikation der Energiequellen, Vorrang für erneuerbare und nachhaltige Energien. Um Energie zu sparen, müssen umweltfreundliche Transportarten und öffentliche Verkehrsmittel entwickelt und gefördert werden.

Auch der Hausbau muss strikten Umweltauflagen genügen.

Die Gesundheitspolitik muss Umweltrisiken berücksichtigen.

Umweltschädliche Industrien müssen strikten Auflagen unterliegen, vor allem jene, die chemische Stoffe herstellen und vermarkten.

**Die öffentlichen Behörden müssen dafür sorgen, dass die Nahrung gesund und ausreichend ist – das ist ein grundlegendes Menschenrecht.**

In Anbetracht dessen, dass die multinationalen Konzerne die Bauern ausplündern, muss ein öffentliches Regelwerk in Kraft gesetzt werden, das diesen Praktiken Einhalt gebietet. Im Gegenteil, Agrarsysteme, die die Umwelt schonen und der Arbeit Vorrang vor dem Kapital geben, müssen gefördert werden, umweltschädlichen Agrarmethoden die Unterstützung entzogen werden. Der Anbau von genmanipulierten Pflanzen muss verboten werden (mit Ausnahme strikt begrenzter Gebiete, die allein der Grundlagenforschung dienen).

über die eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selber zu bestimmen, muss in allen Regionen der Welt und allen Ländern respektiert werden. Die Länder Europas tragen eine besondere Verantwortung bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Agrarpolitik und ihrer Handelsabkommen mit den Ländern des Südens. Denn diese müssen grundlegend umorientiert werden, damit der Grundsatz der Nahrungsmittelsouveränität geachtet wird.

**Frieden, Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, soziale und Bürgerrechte!  
Für ein anderes Europa in einer anderen Welt, mit einer sauberen Umwelt.**